

Vorname und Name
Straße und Hausnummer
Postleitzahl und Ort
Telefon tagsüber

An das Amtsgericht (Insolvenzgericht) in:

Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Ich stelle den Antrag, über mein Vermögen das Insolvenzverfahren zu eröffnen. Nach meinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen bin ich nicht in der Lage, meine bestehenden Zahlungspflichten, die bereits fällig sind oder in absehbarer Zeit fällig werden, zu erfüllen.

Erklärung zur Restschuldbefreiung

Ich stelle den Antrag auf Erteilung von Restschuldbefreiung (§ 287 InsO).

Erklärung zur Art des Verfahrens

Ich gehe davon aus, daß in meinem Fall ein Regelinsolvenzverfahren durchzuführen ist.
Begründung:

- Ich bin selbständig tätig als _____
- Ich war früher einmal selbständig tätig und mehr als 19 Gläubiger erheben Forderungen gegen mich.
- Ich war früher einmal selbständig tätig und es bestehen Forderungen aus arbeitsrechtlichen Verhältnissen: Gläubiger sind (vgl. Gläubigeraufstellung):
 - Ehemalige Mitarbeiter/innen wegen rückständiger Lohnzahlungen
 - Arbeitsamt wegen Insolvenz- oder Konkursausfallgeld
 - Sozialversicherungsträger wegen Sozialversicherungsbeiträge für ehemalige, in meinem Betrieb beschäftigte Angestellte und Arbeiter (AOK, DAK usw.)
 - Finanzamt wegen Lohnsteuer für ehemalige, in meinem Betrieb beschäftigte Angestellte und Arbeiter
 - Berufsgenossenschaft
- Ich war früher einmal selbständig tätig und meine Vermögensverhältnisse sind, obwohl weniger als 20 Gläubiger gegen mich Forderungen erheben, unübersichtlich (siehe Erläuterungen auf gesondertem Blatt).

Als Anlagen sind diesem Antrag beigefügt

- Personalbogen
- Antrag auf Stundung der Kosten des Verfahrens
- Abtretungserklärung über die künftigen, laufenden Bezüge
- Angaben zur aktuellen selbständigen Tätigkeit
- Vermögensverzeichnis
- Gläubigerverzeichnis

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in den beigefügten Anlagen enthaltenen Angaben und Erklärungen versichere ich.

Mir ist bekannt, daß mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

VI. Befreiung von der Pflicht zur Verschwiegenheit

Als Schuldner bin ich gesetzlich verpflichtet, dem Insolvenzgericht und dem Treuhänder/ der Treuhänderin über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse Auskunft zu erteilen, insbesondere auch solche Auskünfte, die zur Entscheidung über meine Anträge erforderlich sind (§§ 20, 97 InsO).

Ich bin bereit, auf Verlangen des Gerichts und des Treuhänders/ der Treuhänderin alle Personen und Stellen, die Auskunft über meine Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und dem Treuhänder/ der Treuhänderin zu befreien. Dies gilt insbesondere für Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vorname und Name
Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Personalbogen: Angaben zur Person

Persönliche Daten:

Name		Akademischer Grad		
Vorname(n) (<i>Rufnamen unterstrichen</i>)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich		
Geburtsname		früherer Name		
Geburtsdatum		Geburtsort		
<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> Eingetragene Lebenspartnerschaft	<input type="checkbox"/> geschieden	<input type="checkbox"/> verwitwet

Anschrift:

Postleitzahl	Ort		
Straße			Hausnummer
Telefon (privat)		Mobil	

Beteiligung am Erwerbsleben

<input type="checkbox"/> Ich bin zur Zeit unselbständig beschäftigt als <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) <input type="checkbox"/> Angestellte(r) <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin <input type="checkbox"/> Aushilfe <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar:
<input type="checkbox"/> Ich bin zur Zeit selbständig tätig als
<input type="checkbox"/> Es besteht zur Zeit keine Beteiligung am Erwerbsleben, weil <input type="checkbox"/> Rentner(in)/Pensionär(in) seit _____ <input type="checkbox"/> arbeitslos seit _____ <input type="checkbox"/> Schüler(in) / Student(in) bis _____ <input type="checkbox"/> Hausmann/Hausfrau <input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar:

Unterhaltspflichten:

“ Es besteht zur Zeit keine gesetzliche Unterhaltspflicht

“ Es bestehen zur Zeit die folgenden gesetzlichen Unterhaltspflichten:

Name, Vorname und Geburtsdatum, Anschrift <i>(Anschrift nur, wenn sie von meiner Anschrift abweicht)</i>	Familienverhältnis <i>(Kind, Ehegatte, Eltern, usw.)</i>	Unterhaltsleistung
1.		“ Naturalunterhalt “ Barunterhalt, monatlich _____ € “ Eigenes Einkommen des/der Unterhaltsbe- rechtigten: monatlich _____ €
2.		“ Naturalunterhalt “ Barunterhalt, monatlich _____ € “ Eigenes Einkommen des Unterhaltsberech- tigten: monatlich _____ €
3.		“ Naturalunterhalt “ Barunterhalt, monatlich _____ € “ Eigenes Einkommen des/der Unterhaltsbe- rechtigten: monatlich _____ €
4.		“ Naturalunterhalt “ Barunterhalt, monatlich _____ € “ Eigenes Einkommen des/der Unterhaltsbe- rechtigten: monatlich _____ €
5.		“ Naturalunterhalt “ Barunterhalt, monatlich _____ € “ Eigenes Einkommen des/der Unterhaltsbe- rechtigten: monatlich _____ €

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten (§ 4a InsO)

Da mein Vermögen voraussichtlich nicht zur Deckung der Verfahrenskosten ausreicht beantrage ich die Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung.

In diesem Zusammenhang versichere ich ausdrücklich, daß keiner der Versagungsgründe des § 290 Abs. 1 Nr. 1 und 3 InsO vorliegt: Ich bin weder wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuches rechtskräftig verurteilt worden, noch wurde mir in den letzten zehn Jahren Restschuldbefreiung erteilt oder nach § 296 oder § 297 InsO versagt.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Abtretungserklärung über die künftigen, laufenden Bezüge
(§ 287 Absatz 2 InsO)

Vorbemerkung

Die nachfolgende Abtretung umfaßt alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:

- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,
- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,
- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,
- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,
- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,
- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.

Abtretungserklärung

Für den Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs (bzw. bei Anwendung der Altfallregelung gem. § 287 Absatz 2 Satz 1 InsO, Art. 107 EGIInsO: fünf) Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ergänzend dazu erkläre ich:

Die von dieser Abtretungserklärung erfaßten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge

- “ habe ich – soweit mir rememberlich - zur Zeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.
- “ habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet.

Folgende Abtretungen liegen – soweit mir bekannt - bereits vor:

Abtretungsempfänger	Datum der Abtretung

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Die Abtretungserklärung zugunsten _____ (Name des Gläubigers) vom _____ (Datum der Abtretung), welche bei meinem jetzigen Arbeitgeber bzw. Sozialversicherungsträger

- “ bereits offengelegt wurde,
- “ soweit mir bekannt bislang nicht offengelegte wurde,

ist aus folgenden Gründen rechtsunwirksam (vgl. Beschlüsse des BGH, in: NJW 1989, S. 2383; 1992, S. 2626; 1994, S. 2754).

- “ Das Einkommen, welches Gegenstand der Abtretung ist, ist nicht genau bezeichnet.
- “ Die Forderung, die durch die Abtretung gesichert ist, ist ungenau bezeichnet: „....zur Sicherung aller bestehenden und künftigen Forderungen des Gläubigers...“
- “ Die Voraussetzungen der Offenlegung der Abtretung sind nicht bezeichnet.
- “ Es fehlt eine Klausel über die rechtzeitige Ankündigung der Offenlegung.
- “ Die Deckungsgrenze von DM/EUR beinhaltet eine unangemessene Übersicherung des Nettokreditbetrages in Höhe von DM/EUR _____.
- “ Es fehlt eine Freigabeklausel.
- “ Die Abtretung ist nicht das einzige Sicherungsmittel. Darüber hinaus wurde von _____ (Sicherungsgeber) folgende Sicherheit gestellt: _____ über DM/EUR _____.
- “ Diese wurde bereits in Anspruch genommen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Erklärung über die Zahlungsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1997
(§ 287 Absatz 2 Satz 1 InsO, Art. 107 EGIInsO)

Ich war bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig. Deshalb beantrage ich, bei der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung und der Bestimmung des Treuhänders (§ 291 InsO) festzustellen, daß sich die Laufzeit der Abtretung nach § 287 Absatz 2 Satz 1 InsO von 6 auf 5 Jahre verkürzt.

Für die Tatsache, daß ich bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig war, lege ich folgende Beweismittel vor:

- “ Kopie der Niederschrift über die abgegebene Eidesstattliche Versicherung (Offenbarungsversicherung) und des Vermögensverzeichnisses
- “ Bescheinigung des zuständigen Gerichtsvollziehers über einen erfolglosen Vollstreckungsversuch
- “ Beleg über Pfändungen des damaligen Einkommens mit Einkommensnachweisen
- “ Sozialhilfebescheid
- “ Sonstiges:

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Angaben zur aktuellen selbständigen Tätigkeit

Allgemeine Angaben:

Geschäftszweig: _____

Sitz (Geschäftsanschrift): _____

Rechtsform: _____

Eintragung im Handelsregister

“ Ja, und zwar Amtsgericht _____, HR _____

“ Nein

Eintragung des Betriebs in die Handwerksrolle:

“ Ja

“ Nein

Angaben zum Umfang des Erwerbsgeschäfts

Wie hoch war der Umsatz im letzten Kalendermonat? EURO _____

Wie hoch war der durchschnittliche Umsatz in den letzten zwölf Monaten? EURO _____

Ist eine kaufmännische Buchführung für das Unternehmen eingerichtet?

“ Nein

“ Ja

Sind regelmäßig Inventuren und Bilanzen aufgestellt worden?

“ Nein

“ Ja

Von wann datiert der letzte Steuerbescheid ? Vom _____

Mitarbeiter:

“ Im Betrieb waren niemals Mitarbeiter beschäftigt:

“ Keine Mitarbeiter mehr seit _____

“ Anzahl der Mitarbeiter: _____

Sind bestehende Arbeitsverhältnisse mit Mitarbeitern gekündigt/aufgelöst?

- “ Nein
- “ Ja, zum _____

Rückstände bei Sozialversicherungsbeiträgen:

- “ Keine Rückstände
- “ Rückstände i. H. v. EURO _____

Gehalts/Lohnrückstände:

- “ Keine Rückstände
- “ Rückstände i. H. v. EURO _____

Geschäftsräume:

- “ Die Abwicklung der Geschäfte erfolgte schon immer von meiner Wohnung aus.
- “ Sind seit dem _____ nicht mehr vorhanden. Die Abwicklung erfolgt von meiner Wohnung aus, wohin ich die Geschäftsunterlagen verbracht habe.
- “ Befinden sich noch unter der o. g. Anschrift.

“ Die Räume sind

- “ angemietet
- “ gepachtet

zu einem monatlichen Entgelt i. H. v. EURO _____

Vermieter ist _____

Anschrift des Vermieters _____

Der Vertrag ist

- “ noch nicht gekündigt oder aufgelöst
- “ gekündigt zum _____
- “ aufgelöst zum _____

Mietrückstände sind

- “ nicht vorhanden.
- “ vorhanden i. H. v. EURO _____
- “ abgesichert durch Mietsicherheit in Höhe von _____

Es wird

- “ kein Vermieterpfandrecht geltend gemacht.
- “ ein Vermieterpfandrecht geltend gemacht an der gesamten Einrichtung
- “ ein Vermieterpfandrecht geltend gemacht an folgenden Gegenständen:

Firmenkapital

“ Das Stammkapital i. H. v. EURO _____ ist

- “ in voller Höhe
- “ i. H. v. EURO _____
- “ in bar
- “ in Sachwerten

erbracht und im Geschäftsbetrieb verbraucht.

“ Es besteht Nachschußpflicht seitens _____

Körperliche Vermögensgegenstände (Sachen)

Büroeinrichtung (Möbel, Büromaschinen):

- “ Nein
- “ Ja, und zwar (Genaue Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Laden- und Lagereinrichtung (Theken, Gestelle, usw.):

- “ Nein
- “ Ja, und zwar (Genaue Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Werkstätten-, Wirtschafts- oder Fabrikeinrichtungen (Werkbänke, Arbeits- und Werkzeugmaschinen, Werkzeuge usw.):

“ Nein

“ Ja, und zwar (Genau Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Rohstoffvorräte:

“ Nein

“ Ja, und zwar (Genau Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Halbfertigerzeugnisse:

“ Nein

“ Ja, und zwar (Genau Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Fahrzeuge:

“ Nein

“ Ja, und zwar (Bei Kraftfahrzeugen Typ, Baujahr, Zulassungsnummer, Fahrzeugpapiere und deren Aufbewahrungsort angeben):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Anderes Inventar und Arbeitsgerät:

- “ Nein
- “ Ja, und zwar (Genaue Bezeichnung und Aufbewahrungsort):

Sicherungsrechte: _____

Wert nach Abzug der Sicherungsrechte: _____ EURO

Auftragsbestand

Liegen Aufträge in Ihrem Geschäft vor?

- “ Nein
- “ Ja, siehe beigefügte Liste

Außenstände (Geldforderungen gegen Dritte, sog. Drittschuldner)

- “ Nein
- “ Ja, siehe beigefügte Liste

Fortführung des Geschäftsbetriebes

- “ Der Geschäftsbetrieb ist noch nicht geschlossen. Ich möchte die Tätigkeit weiter ausüben, weil ich hieraus meinen Lebensunterhalt bestreite.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ergänzungsblatt: Im Geschäft vorliegende Aufträge

Auftraggeber	Anschrift	Art des Auftrags	Der Auftraggeber hat voraussichtlich zu zahlen EURO

Ergänzungsblatt: Außenstände (Geldforderungen gegen Dritte, sog. Drittschuldner)

Drittschuldner	Anschrift	Forderung a) Grund b) Entstehungszeit a) Fälligkeit b) Evtl. vorhandene Sicherungen Urteile, Schuldurkunden u.ä.	Einbringlich sind vermutlich EURO

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Vermögensverzeichnis

I. Bargeld, Hausrat, Wertgegenstände, Fahrzeuge		
	Genauere Bezeichnung	Wert EURO (Gesamtbetrag)
1	Bargeld (auch ausländische Währung) <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	
2	Guthaben aus Mietkautionen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Name und Anschrift des Vermieters lauten:	
3	Wertvolle Hausratsgegenstände <input type="checkbox"/> mein Hausrat umfasst folgende Gegenstände (Möbel, Fernseh- und Videogeräte, sonstige elektronische Geräte, Kleidungsstücke, Kameras, optische Geräte, Computer), deren derzeitiger einzelner Marktwert EURO 250,- übersteigen dürfte: <input type="checkbox"/> keine vorhanden	
4	Sonstige Wertgegenstände wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Sammlungen (z.B. Münzen, Briefmarken, Waffen), Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen usw. <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	
6	Bauten auf fremden Grundstücken (z.B. Gartenhaus, Verkaufsstände) <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	
7	Privat genutzte Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohnwagen, Motorräder, Mopeds usw.) <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar: (genaue Bezeichnung, Typ, Baujahr, amtliches Kennzeichen) Wo befindet sich der Fahrzeugbrief?	
8	Land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Fahrzeuge, Viehbestände, Vorräte, geschlagenes Holz u.ä. <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	

II. Laufendes Einkommen

A. Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit und sonstigen Dienstverhältnissen

	Genauer Name (Firma) und Anschrift des Arbeitgebers oder der sonstigen auszahlenden Stelle, falls dieses aus der beigefügten Lohnbescheinigung nicht ersichtlich ist.	Name Firma				
		Straße				
		PLZ, Ort				
1	Arbeitseinkommen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	-Lohnbescheinigung der letzten beiden Monate beifügen-		
2	Urlaubsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:		
3	Weihnachtsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:		entspricht jährlich ca. netto
4	Tantiemen und sonstige Gratifikationen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	jährlich brutto		Entspricht jährlich ca. netto

B. Einkommen aus weiteren nichtselbständigen Arbeitsverhältnissen und sonstigem Dienstverhältnissen

		2. Arbeitsverhältnis			3. Arbeitsverhältnis		
	Genauer Name (Firma) und Anschrift des Arbeitgebers oder der sonstigen auszahlenden Stelle, falls dieses aus der beigefügten Lohnbescheinigung nicht ersichtlich ist.	Name Firma					
		Straße					
		PLZ, Ort					
1	Arbeitseinkommen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja -Lohnbescheinigung der letzten beiden Monate beifügen-		<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja -Lohnbescheinigung der letzten beiden Monate beifügen-	
2	Urlaubsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	
3	Weihnachtsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	
			entspricht jährlich ca. netto:		entspricht jährlich ca. netto:		
4	Tantiemen und sonstige Gratifikationen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto	<input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	
			entspricht jährlich ca. netto:		entspricht jährlich ca. netto:		

C. Rentenbezüge, Abfindungen

1	Leistungen der Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Auszahlende Stelle und deren Geschäftszeichen:	monatlich netto EURO
2	Versorgungsbezüge	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Auszahlende Stelle und deren Geschäftszeichen:	
3	Betriebsrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Auszahlende Stelle und deren Geschäftszeichen:	
4	Laufende Renten aus privaten Versicherungs- oder Sparverträgen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Auszahlende Stelle und deren Geschäftszeichen:	
5	Sonstige fortlaufende Einkünfte infolge des Ausscheidens aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Auszahlende Stelle und deren Geschäftszeichen:	

D. Einkommen aus selbständiger wirtschaftlicher Tätigkeit			
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, (Bitte den letzten Einkommenssteuerbescheid beifügen - Einkünfte aus wirtschaftlicher Tätigkeit als Einzelunternehmer oder persönlich haftender Gesellschafter	jährlich netto EURO	

E. Einkünfte aus Unterhaltszahlungen			
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Name und Anschrift des Zahlungspflichtigen	Monatsbetrag EURO

F. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung		
Hier ist nur der Gesamtbetrag anzugeben. Einzelheiten (Bezeichnung der Objekte, Namen und Anschriften der Mieter oder Pächter, Höhe der einzelnen Einkünfte) sind in einem gesonderten Ergänzungsblatt aufzuführen.		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, jährlich netto EURO:	

G. Einkünfte aus Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden)		
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, jährlich brutto EURO	

H. Einkünfte aus Sozialleistungen			
Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe Erwerbsunfähigkeitsrente, Hinterbliebenenrente, Kindergeld, Krankengeld, Kriegsofferrente, Sozialhilfe, Unfallrente, Unterhaltsgeld, Wohngeld			
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar:	a) Genaue Bezeichnung der Leistungen b) Zahlungszeitraum c) auszahlende Stelle (Behörde) d) Aktenzeichen, Geschäftsnummer der Behörde	Monatsbetrag EURO
1	a		
	b		
	c		
	d		
2	a		
	b		
	c		
	d		
3	a		
	b		
	c		
	d		
4	a		
	b		
	c		
	d		

I. Sonstige laufende Einkünfte				
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar:	a) Genaue Bezeichnung der Einkünfte		Monatsbetrag EURO
		b) Zahlungszeitraum		
		c) auszahlende Stelle (Behörde)		
		d) Aktenzeichen, Geschäftsnummer der Behörde		
1	a			
	b			
	c			
	d			
2	a			
	b			
	c			
	d			
3	a			
	b			
	c			
	d			

J. Falls Sie die vorstehenden Fragen nach den Einkünften alle mit "Nein" beantwortet haben:

Durch welche Einkünfte bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?

III. Guthaben bei Banken und Sparkassen (Sparkonten, Girokonten, Tagesgeldkonten, Termin- oder Festgeldkonten, Fremdwährungskonten, Ratensparverträge, Bausparverträge, sonstige Einlagen)			
Nr.	Genaue Bezeichnung des Kreditinstituts - Name, Anschrift und Bankleitzahl-	Konto-Nr.	Guthaben (Kontostand) EURO

IV. Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, sonstige Darlehensforderungen und ähnliche Geldanlagen

	Allgemeiner Begriff	a) Art der Forderung, Name des Papiers (Typ, Serie, Fonds u.ä.), b) Name und Anschrift des Schuldners, c) Fälligkeitsdatum d) bei verbrieften Forderungen: Aufbewahrungsort der Papiere (Name, Anschrift, BLZ) e) Depot- oder Schuldbuchkonto-Nr., Grundbuchbezeichnungen u.ä. - evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen -		Kurs- oder Verkehrswert EURO
1	Aktien, Genußscheine	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
2	Optionsscheine, Bezugsrechte	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
3	Schuldverschreibungen, Obligationen, Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
4	Investmentfondsanteile	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
5	Wechsel	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
6	Schecks	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
7	Schuldbuchforderungen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
8	Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
9	Gesellschafterdarlehen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	
10	Sonstige Forderungen aus Darlehen oder ähnlichen Geldanlagen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, und zwar	

V. Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken

A Genaue Bezeichnung

	Allgemeiner Begriff	lfd. Nr.	Lage des Objekts (Straße, Ort) und Nutzungsart	Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	Eigentumsanteil	Verkehrswert gesamt (ca.) EURO
1	Eigentum an Grundstücken- oder Eigentumswohnungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja					
2	Erbbaurechte <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja					
3	Grunddienstbarkeiten, Nießbrauchsrechte <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja					
4	Sonstige im Grundbuch eingetragene Rechte an Grundstücken oder Eigentumswohnungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja					

B Belastungen dieses Grundvermögens

	Lfd. Nr. des Objekts wie oben	Art der Belastung	a) Eintragung im Grundbuch in Abteilung b) lfd. Nr.	Name des Gläubigers	Effektive Belastung (Wert) EURO

C. Ist die Zwangsversteigerung oder –verwaltung dieses Grundvermögens angeordnet?

	Lfd. Nr. des Objekts wie oben	Zwangsversteigerung (ja / nein)	Zwangsverwaltung (ja / nein)	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)

VI. Beteiligungen

A. Aktien, Genußrechte und sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KgaA)

Lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft EURO	Kurs- bzw. Ver- kehrswert EURO	Fällige Gewinn- ansprüche EURO
1				
2				

B. Beteiligungen an Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, EWIV u.ä.) Evtl. gesonderte Aufstellung beifügen

	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft EURO	Kapitalkonten Verkehrswert EURO	Fällige Gewinn- ansprüche EURO
1				
2				

C. Beteiligungen als stiller Gesellschafter

	Name und Anschrift des Unternehmens	Nennbetrag je Beteiligung EURO	Verkehrswert EURO	Fällige Gewinn- ansprüche EURO
1				
2				

D. Beteiligungen an Genossenschaften

	Name und Anschrift der Genossenschaft	Geschäfts- guthaben EURO	Fällige Gewinnan- sprüche EURO
1			
2			

VII. Forderungen aus Versicherungsverträgen			
A. Kapitallebensversicherung, Sterbekasse, private Rentenversicherung			
Ifd. Nr.	Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse	Nr. des Versicherungsscheins	Rückkaufwert bzw. Art und Wert des Anspruchs EURO
Welche der vorgenannten Versicherungen sind (an wen) abgetreten:			

B. Sonstige Ansprüche des Antragstellers gegen Versicherungen auf Leistungen, Beitragsrückerstattung (z.B. aus einer privaten Krankenversicherung u.ä.).				
Ifd. Nr.	Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse	Nr. des Versicherungsscheins	Art des Anspruchs	Wert EURO

VIII. Sonstige private Geldforderungen (Rückständiges Arbeitseinkommen, sonstige Zahlungsansprüche z.B. auf Steuererstattung, aus Schadensfällen oder noch nicht erfüllten Verträgen)				
Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Drittschuldners	Rechtsgrund der Forderung	Fälligkeitsdatum	Wert EURO
1				
2				
3				

IX. Rechte und Ansprüche aus Erbfällen		
	Genauere Bezeichnung des Erbfalls sowie der Beteiligung oder des Anspruchs	Wert EURO
	Beteiligung an Erbengemeinschaften, Pflichtteilsansprüche, Vermächnisse, Beteiligung an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	

XII. Sicherungsrechte

Welche der angegebenen beweglichen Vermögenswerte sind mit Sicherungsrechten belastet?
Machen Sie für jeden betroffenen Gegenstand die nachfolgenden Angaben.

1	Eigentumsvorbehalt Gegenstand	Kaufpreis	Name und Anschrift des Verkäufers	Restschuld
2	Sicherungsübereignung bzw. Sicherungsabtretung, insbesondere Lohnabtretung Gegenstand und Umfang	Datum und Zweck der Abtretung bzw. Übereig- nung	Name und Anschrift des Sicherungs- gläubigers	Gegenwärtige Höhe der gesi- cherten Schuld
3	Freiwillige Verpfändung (auch von Lohn) Gegenstand und Umfang	Datum und Zweck der Verpfändung	Name und Anschrift des Pfandgläubi- gers	Gegenwärtige Höhe der gesi- cherten Schuld
4.	Pfändung Gegenstand Datum der Pfändung	Name des Gerichtsvollzie- hers und DR-Nr. des Pfän- dungsprotokolls bzw. AZ. des Pfändungs- und Über- weisungsbeschlusses	Name und Anschrift des Pfändungs- gläubigers	Gegenwärtige Höhe der gesi- cherten Schuld

XIII. Schenkungen und Veräußerungen des Schuldners (§§ 132, 133, 134 InsO)

Haben Sie in den letzten vier Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in erheblichem Umfang Geld oder wertvolle Gegenstände verschenkt?

nein ja, und zwar:

Jahr	Name und Anschrift des Empfängers	Gegenstand	Wert EURO

Haben Sie in den letzten zwei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens einer nahestehenden Person (§ 138 InsO) Vermögensgegenstände – auch Forderungen – entgeltlich veräußert?

nein ja, und zwar:

	Gegenstand	Wert EURO
<input type="checkbox"/> einem Ehegatten (vor oder während der Ehe, nach Ehescheidung)		
<input type="checkbox"/> meinem Lebensgefährten oder anderen Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben		
<input type="checkbox"/> meinen Kindern oder Enkelkindern		
<input type="checkbox"/> meinem oder meines Ehegatten Eltern, Geschwister und Halbgeschwister		
<input type="checkbox"/> den Ehegatten der zuvor genannten Personen		

Ich versichere hiermit an Eides Statt, daß meine vorstehenden Angaben und die in den ggfs. beigefügten Unterlagen enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bewußt, daß eine vorsätzlich falsche eidesstattliche Versicherung strafbar ist.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vorname und Name

Anlage zum Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Gläubigerverzeichnis

Nr.	Gläubiger	Az. des Gläubigers	Gläubigervertreter	Az. des Gläubiger- vertreters	Forderungshöhe

Nr.	Gläubiger	Az. des Gläubigers	Gläubigervertreter	Az. des Gläubiger- vertreterers	Forderungshöhe

Erläuterungen zum Ausfüllen des Antrages auf Durchführung eines Regelinsolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung

Diese Vordrucke für die Beantragung eines Regelinsolvenzverfahrens und das Restschuldbefreiungsverfahren wurden von der Schuldnerberatungsstelle des Diakonischen Werkes Hanau nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Sie erheben nicht den Anspruch, alle Möglichkeiten einer Antragstellung abzudecken. **Die Schuldnerberatungsstelle des Diakonischen Werkes Hanau übernimmt deshalb keine Verantwortung für die Vollständigkeit der bei Antragstellung anzugebenden Angaben bei Benutzung dieser Vordrucke.** Wenn nach Ihrer Einschätzung in Ihrem Fall zusätzliche Angaben erforderlich sein sollten, um den Forderungen der Insolvenzordnung genüge zu tun, so ergänzen Sie die Vordrucke bitte entsprechend.

Lesen Sie bitte die nachfolgenden Hinweise vor dem Ausfüllen der Antragsvordrucke sorgfältig durch. Füllen Sie die Vordrucke unter Beachtung der Hinweise vollständig und gewissenhaft aus. Bitte setzen Sie Ihren **Vor- und Nachnamen** auch in die **Kopfzeile aller Anlagen zum Eröffnungsantrag** ein.

Stellen Sie sicher, daß Sie eine vollständige, inhaltsgleiche Kopie der an das Gericht übersandten Antragsunterlagen bei Ihren Verfahrensunterlagen behalten.

Wichtiger Hinweis zur Umstellung auf den Euro:

Seit dem 1. Januar 2002 sind alle Beträge ausschließlich in EURO anzugeben; dies gilt auch für Beträge, die **vor dem 1. Januar 2002** in DM entstanden sind oder mitgeteilt wurden. Solche Beträge müssen Sie nach dem amtlichen Umrechnungskurs (1 EURO = 1,95583 DM) umrechnen.

Eröffnungsantrag

Mit dem Eröffnungsantrag erklären Sie, daß Sie nach Ihrer Einschätzung **zahlungsunfähig** sind oder daß Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht.

Der Antrag auf Restschuldbefreiung kann nur in Verbindung mit einem eigenen Eröffnungsantrag gestellt werden. Er ist aber nicht Voraussetzung für die Durchführung des Insolvenzverfahrens, so daß Sie eindeutig erklären müssen, ob Sie einen Restschuldbefreiungsantrag stellen oder nicht. **Sie können die Befreiung von Ihren Verbindlichkeiten nur erlangen, wenn Sie den Restschuldbefreiungsantrag stellen.** Andernfalls können die Gläubiger ihre Forderungen, soweit sie nicht im Insolvenzverfahren erfüllt worden sind, nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens weiterhin geltend machen. Deshalb ist der Antrag auf Restschuldbefreiung in diesem Vordruck bereits **fest eingefügt**.

Von der Restschuldbefreiung ausgenommen sind die in § 302 InsO genannten Forderungen, insbesondere also Forderungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung sowie Geldstrafen.

Da natürliche Personen nur unter bestimmten Voraussetzungen ein **Regel- statt eines Verbraucherinsolvenzverfahren** durchzuführen haben, geben Sie bitte an, weshalb nach Ihrer Ansicht in Ihrem Fall ein Regelinsolvenzverfahren durchzuführen ist. Sollten Sie weniger als 19 Gläubiger haben, so ist ein Regelinsolvenzverfahren nur durchzuführen, wenn darunter **Schulden aus arbeitsrechtlichen Verhältnissen** sind, d.h., ehemalige Mitarbeiter noch Lohnforderungen gegen Sie erheben, das Arbeitsamt an ehemalige

Mitarbeiter Insolvenz- oder Konkursausfallgeld gezahlt hat, und diese Beträge von Ihnen zurück fordert, ein Sozialversicherungsträger von Ihnen nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge für ehemalige Mitarbeiter fordert (dies können auch Familienangehörige sein), das Finanzamt für ehemalige Mitarbeiter nicht abgeführte Lohnsteuer fordert, oder die Berufsgenossenschaft eine Forderung gegen Sie hat. Dagegen gelten Rückforderungen des Arbeitsamtes auf Ihnen gewährte Hilfeleistungen und Forderungen der gesetzlichen Krankenkassen wegen von Ihnen nicht gezahlter Krankenkassenbeiträge für Sie selbst nicht als Schulden aus arbeitsrechtlichen Verhältnissen!

Diejenigen **Anlagen**, die Sie Ihrem Insolvenzantrag zwingend beifügen müssen, sind bereits angekreuzt. Da Sie einen Restschuldbefreiungsantrag stellen wollen, ist die **Abtretungserklärung** (Anlage „Abtretungserklärung über die künftigen, laufenden Bezüge (§ 287 Abs. 2 InsO)“) in jedem Fall beizufügen. Wenn Sie **aktuell selbständig tätig** sind (auch bei Teilzeit oder zusätzlich zu einer abhängigen Beschäftigung), eine **Stundung der Verfahrenskosten** beantragen wollen oder bereits **vor dem 01.01.1997 überschuldet und zahlungsunfähig** waren, kreuzen Sie bitte die entsprechenden Kästchen an und fügen die Anlagen „Angaben zur aktuellen selbständigen Tätigkeit“, „Antrag auf Stundung der Kosten des Verfahrens“ und „Erklärung über die Zahlungsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1997“ bei.

Aufgrund Ihrer **gesetzlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflicht** sind Sie nicht nur verpflichtet, selbst vollständig Auskunft über Ihre Vermögensverhältnisse zu erteilen; Ihnen obliegt es auch, auf Verlangen des Gerichts Dritte von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu entbinden. Ein Verstoß gegen diese Obliegenheit kann zur **Versagung der Restschuldbefreiung** führen.

Ihre **eigenhändige Unterschrift** ist Voraussetzung für einen wirksamen Eröffnungsantrag. Bitte **unterschreiben Sie auch die Anlagen** zum Eröffnungsantrag, soweit dies in den Vordrucken vorgesehen ist.

Anlage „Personalbogen“

Diese Anlage ist immer beizufügen. Bitte tragen Sie auf Seite –2- der Anlage diejenigen Personen ein, für die Sie gem. § 850 c ZPO **unterhaltspflichtig sind und auch tatsächlich Unterhalt gewähren**. Es sind dies insbesondere: Ihr Ehegatte, ihr früherer Ehegatte, ihr Lebenspartner, ihr früherer Lebenspartner, ihre Kinder (bis zum Abschluß der Ausbildung), Verwandte, denen sie aufgrund gesetzlicher Verpflichtung (z.B. nach dem Bundessozialhilfegesetz) Unterhalt gewähren, die nicht mit Ihnen verheiratete Mutter eines gemeinsamen Kindes (bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes, wenn die Mutter des Kindes wegen der Kindererziehung nicht arbeiten geht, vgl. § 1615 I BGB). In der Spalte „**Unterhaltsleistung**“ ist das Feld „**Naturalunterhalt**“ anzukreuzen, wenn der Unterhaltsberechtigte in Ihrem Haushalt lebt, ansonsten geben Sie bitte die Höhe der tatsächlichen Unterhaltszahlungen an. Hat eine unterhaltsberechtigte Person eigenes Einkommen, so ist dies ebenfalls anzugeben.

Anlage „Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten“

Diese Anlage ist nur dann beizufügen, wenn **nicht genügend Vermögen** vorhanden ist, um die Kosten des Verfahrens zu decken, oder Ihnen **nicht von Dritter Seite** die Kosten des Verfahrens zur Verfügung gestellt werden.

Die Stundung wird nur gewährt werden, wenn keiner der Versagungsgründe des § 290 Abs. 1 Nr. 1 und 3 InsO vorliegt, d.h., Sie weder wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c des Strafgesetzbuches (Konkursstraftaten), rechtskräftig verurteilt worden sind, noch Ihnen in den letzten zehn Jahren vor Stellung dieses Antrages Restschuldbefreiung erteilt oder nach § 296 oder § 297 InsO versagt worden ist. Eine entsprechende Erklärung ist von Ihnen dem Stundungsantrag beizufügen.

Anlage „Abtretungserklärung über die künftigen, laufenden Bezüge“

Die **Abtretungserklärung** ist dem Eröffnungsantrag **immer beizufügen**, wenn ein **Restschuldbefreiungsantrag** gestellt wird. Die Abtretungserklärung müssen Sie **eigenhändig unterschreiben**.

Auf der Grundlage der Abtretungserklärung wird Ihr pfändbares Einkommen nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens für die Dauer der Wohlverhaltensperiode, die im Regelfall sechs Jahre nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens endet, an den Treuhänder abgeführt und von diesem an Ihre Gläubiger verteilt. Bitte lesen Sie die in der Anlage enthaltenen **Erläuterungen zur Abtretungserklärung** gründlich und prüfen Sie, ob Sie von der Abtretungserklärung erfaßte Forderungen in der Vergangenheit **abgetreten oder freiwillig verpfändet** haben.

Wenn Sie (etwa zur Sicherung eines Bankkredits) Ihren Lohn oder sonstige Forderungen bereits abgetreten oder freiwillig verpfändet haben, müssen Sie in der Abtretungserklärung darauf hinweisen. Dies gilt nicht für Forderungspfändungen auf Grund eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses. Geben Sie bitte zusätzlich an, ob die Abtretung bei Ihrem Arbeitgeber offen gelegt ist, und ob der pfändbare Teil der Einkünfte abgeführt wird. Bitte fügen Sie **Kopien** der von Ihnen unterzeichneten Abtretungserklärungen bei.

In den Jahren 1988 – 1992 wurden in Urteilen des BGH **Voraussetzungen für die Wirksamkeit** von in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltenen formularmäßigen Abtretungen aufgestellt. Abtretungen in Kreditverträgen, die **bis zum September 1992** vereinbart wurden, sind deshalb in der Regel unwirksam. Ob dies auch für von Ihnen unterzeichnete Abtretungserklärungen zutrifft kann allerdings erst nach einer **Überprüfung** der betreffenden Abtretungserklärungen mit Gewißheit ausgesagt werden. Wenn Sie Zweifel haben, ob eine von Ihnen unterzeichnete Abtretungserklärung gültig ist oder nicht, wenden Sie sich bitte an einen **Rechtsanwalt** (Kosten!) oder aber für eine unverbindliche Vorprüfung an die für Ihren Wohnort zuständige **Schuldnerberatungsstelle**.

Sollten von Ihnen unterzeichneten Abtretungserklärungen nicht gültig sein, so geben Sie dies bitte für jede ungültige Abtretung in einem eigenen Formular an.

Anlage „Angaben zur aktuellen selbständigen Tätigkeit“

Diese Anlage ist nur dann beizufügen, wenn Sie **bei Stellung des Antrages** einer selbständigen Tätigkeit nachgehen. Dies gilt auch dann, wenn diese Tätigkeit nur in **Teilzeit** oder **neben einer abhängigen Beschäftigung** ausgeübt wird.

Falls Sie Ihre selbständige Tätigkeit auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens weiterführen wollen, so geben Sie dies bitte hier an. Bzgl. der möglichen Schwierigkeiten dabei verweisen wir auf unser Informationspapier zum Regelinsolvenzverfahren.

Anlage „Vermögensverzeichnis“

Am Ende des Vermögensverzeichnisses ist von Ihnen die Erklärung beizufügen, daß die darin enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind. Die Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer Angaben versichern Sie mit Ihrer **Unterschrift**. Bitte **füllen Sie das Vermögensverzeichnis daher besonders sorgfältig aus und prüfen Sie jeweils ob Sie die Fragen zutreffend und umfassend beantwortet haben**. Wenn Sie bewußt oder aus Nachlässigkeit falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben, kann Ihnen auf Antrag eines Gläubigers die **Restschuldbefreiung versagt werden**. Wer bewußt falsche oder unvollständige Angaben macht, um einen Vermögensvorteil (z. B. die Restschuldbefreiung) zu erlangen, macht sich **wegen Betruges strafbar**.

Die in der Anlage „Vermögensverzeichnis“ enthaltenen Aufzählungen und Beispiele zu den Vermögenswerten erheben nicht den Anspruch der Vollständigkeit. Bitte tragen Sie deshalb gegebenenfalls auch nicht aufgeführte aber in Ihrem Besitz befindliche Vermögenswerte in das Verzeichnis ein. Sollte der vorgegebene Platz nicht ausreichen, so fügen Sie bitte Ergänzungsblätter bei.

Anlage „Gläubiger- und Forderungsverzeichnis“

Bitte kopieren Sie die zweite Seite dieser Anlage in genügender Anzahl, damit Sie alle Ihnen bekannte Gläubiger auflisten können und numerieren Sie die Seiten unten rechts.

Sie sind verpflichtet, **alle** Ihnen bekannte Gläubiger auflisten. Dies gilt auch für kleine Forderungen oder Schulden gegenüber Verwandten oder Freunden. Sollten Sie einzelne Gläubiger bei der Erstellung der Gläubigerliste vergessen, so werden auch diese von der Wirkung der Restschuldbefreiung erfaßt (§ 301 InsO), sofern sie nicht gem. § 302 InsO von der Restschuldbefreiung ausgenommen sind.

Wenn Sie **vorsätzlich oder grob fahrlässig** unvollständige Angaben machen, ist Ihnen auf Antrag eines Gläubigers gem. § 290 Abs. 1 Nr. 6 die Restschuldbefreiung zu versagen.

Jeder Gläubiger ist mit seiner **vollständigen, zustellungsfähigen Anschrift** (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer) und, soweit – etwa bei Gesellschaften (GmbH, KG usw.) oder bei Minderjährigen – geboten, unter Angabe des gesetzlichen Vertreters anzugeben. Die **Angabe von Postfachanschriften ist nicht zulässig**. Soweit Ihnen ein Verfahrensbevollmächtigter des Gläubigers bekannt ist, können Sie diesen gleichfalls hier angeben. Außerdem ist das Aktenzeichen des Gläubigers und ggf. das seines Verfahrensbevollmächtigten anzugeben. Die Gläubiger sind fortlaufend zu numerieren. Aus Gründen der Übersichtlichkeit empfiehlt es sich, die Gläubiger in alphabetischer Reihenfolge zu sortieren. Für die Angabe der Höhe der Forderungen ist es **nicht notwendig**, von den Gläubigern aktuelle Forderungsübersichten anzufordern. Wenn Ihnen die Forderungshöhe einzelner Gläubiger überhaupt nicht bekannt ist, so tragen Sie in die entsprechenden Felder ein Fragezeichen ein. Die genaue Höhe der Forderung müssen die **Gläubiger** dem Insolvenzverwalter mitteilen.

Sollte ein Gläubiger mehrere Forderungen gegen Sie erheben, so listen Sie bitte alle diese Forderungen nacheinander unter z.B. 2a), 2b), 2c) etc. auf.

Erstellt: 19.09.2007